

**Freie
Demokraten**

Rhein-Pfalz-
Kreis **FDP**

FDP-Rhein-Pfalz-Kreis

Programm zur Kommunalwahl 2024

**Starke Kommunen – von Bür-
gern für Bürger**

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Inhalt

Freie Bürgerinnen und Bürger, starke Kommunen - DAS braucht unsere Heimat!.....	3
Familien- und kinderfreundlicher Rhein-Pfalz-Kreis	3
Chancengleichheit für zukunftsorientierte Bildungspolitik	5
FÜR ZUKUNFTSORIENTIERTE SCHULEN: MODERN AUSGESTATTET FÜR OPTIMALES LERNEN	5
DIGITALISIERUNG FÜR ZUKUNFTSORIENTIERTES LERNEN	6
Senioren im Landkreis	7
Innere Sicherheit	8
SICHERHEIT STÄRKEN, PRÄSENZ ZEIGEN	8
STARKE FEUERWEHREN FÜR UNSERE GEMEINDEN	9
DIE KOMMUNE VORANBRINGEN – EUROPAS CHANCEN NUTZEN	9
KOMMUNEN FÜR EIN STARKES EUROPA	9
GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT	10
Die kommunale Wirtschaft stärken	10
Politik, die rechnen kann	12
SOLIDE FINANZPOLITIK IM KREIS UND IN DEN GEMEINDEN STÄRKEN.....	12
Verantwortung für die Zukunft: Liberale Klima-, Energie- und Umweltpolitik.....	13
KULTUR IN KOMMUNEN STÄRKEN	15
VIELFÄLTIGE MOBILITÄT STÄRKEN	17
STRASSENNETZ UND ÖPNV ZUSAMMENBRINGEN	17
RADWEGENETZ WEITER AUSBAUEN	18
LIBERALE AGRARPOLITIK: INNOVATIV, PRAXISNAH UND WIRTSCHAFTLICH.....	19
ABFALLWIRTSCHAFT: GEMEINSAM DIE RESSOURCEN VON MORGEN SCHONEN.....	20
HOCHWASSERSCHUTZ FÜR MORGEN: NACHHALTIGKEIT UND VORSORGE IM FOKUS.....	21
SPORT VEREINT, BEWEGT UND INTEGRIERT.....	23
Migration steuern, Integration ermöglichen	24
Die Rolle der Kommunen im Rhein-Pfalz-Kreis stärken	25
KREISVERWALTUNG MODERNISIEREN	25
LEERSTAND UND LEERSTANDSKATASTER EINRICHTEN	26
INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT FÖRDERN.....	27

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Freie Bürgerinnen und Bürger, starke Kommunen - DAS braucht unsere Heimat!

Unsere Städte und Gemeinden sind für uns Freie Demokraten die Basis unseres Gemeinwesens vor Ort. Oberstes Ziel unserer Kommunalpolitik ist es deshalb, den Bürgerinnen und Bürgern ein Höchstmaß an freier Entfaltung bei ihrer Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Wir stehen vor Ort für Politik mit Herz und Verstand.

Jeder Mensch soll faire Chancen haben, seine eigenen Talente und Ideen zu entfalten, von seiner eigenen Arbeit zu leben und nach seiner eigenen Vorstellung glücklich werden - zu seinem eigenen Nutzen und zum Nutzen von uns allen. Unser Miteinander und Füreinander eines jeden Einzelnen machen unseren Rheinpfalz-Kreis attraktiv und liebens- und lebenswert.

Libérale Kommunalpolitik unterstützt, ermutigt und fördert privates Engagement und die Selbstorganisation in unserer Gesellschaft. Wo immer Menschen in Eigeninitiative tätig werden, finden sie unsere Unterstützung. Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft seiner Bürger macht unsere Gesellschaft solidarisch, stark und lebenswert.

Um die Kräfte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wirkungsvoll zu mobilisieren, bedarf es einer Politik, die besonnen für das Land, den Kreis und die Gemeinden die richtigen Rahmenbedingungen schafft – eine liberale Politik.

Der Rhein-Pfalz-Kreis muss sich auch bei den weichen Standortfaktoren wesentlich verbessern. Es ist ein Unding, dass die Kreisländer mangels Personals immer wieder geschlossen werden müssen. Die Abfallentsorgungsgebühren waren jahrelang zu hoch und die FDP-Fraktion im Rhein-Pfalz-Kreis hat dafür gesorgt, dass 4,8 Mio € zu viel gezahlte Abfallentsorgungsgebühren jetzt an die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Jahren zurückerstattet werden.

Gemeinsam bewegen wir Freie Demokraten den Rhein-Pfalz-Kreis! Wir sind pragmatisch, bürgernah und lösungsorientiert, sowie engagiert, sachlich und innovativ.

Familien- und kinderfreundlicher Rhein-Pfalz-Kreis

Das liberale Bild von Familie und Partnerschaft steht für eine eigenständige Verantwortungsgemeinschaft auf der Grundlage der Mündigkeit des Einzelnen. Die Kommune muss dort, wo sie zuständig ist, durch eine familienfreundliche Kultur und Infrastruktur gute Rahmenbedingungen schaffen.

Die Ortsgemeinden, die die Kita-Plätze zur Verfügung stellen müssen, sollten vom Kreis noch besser unterstützt werden. Deshalb begrüßt es die FDP-Fraktion, dass der Rhein-Pfalz-Kreis in

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Zukunft den Neubau von Kitas mit 40 % (bisher 10 %) fördern will. Darüber hinaus muss auch gewährleistet werden, dass der An- und Umbau und auch die Sanierung von Kitas mit dem gleichen Prozentsatz unterstützt werden. Es wäre nicht schlecht, wenn der Kreis darüber hinaus die Nachfrage der Ortsgemeinden nach Erzieherinnen und Erzieher für die Kitas zentral erfassen würde, um möglichen Bewerber/innen schnell eine Nachfrageübersicht des Rhein-Pfalz-Kreises zur Verfügung stellen zu können. Dadurch könnte auch eine bessere Zusammenarbeit der Ortsgemeinden untereinander gewährleistet werden, weil jede Ortsgemeinde den Bedarf seiner Nachbargemeinde dann kennen würde.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- die Kommunen des Rhein-Pfalz-Kreises im Rahmen ihrer Verantwortung eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Gesellschaft fördern.
- die Barrierefreiheit in all ihren Facetten verbessert wird. Nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern muss barrierefrei sein, z.B. Onlinezugang zu Services der Verwaltung, anstatt persönlich zum Amt zu gehen.
- die Ganztagsangebote der Schulen und Kitas, die sich am liberalen Konzept der besten Bildung orientieren, sollen sowohl quantitativ als auch qualitativ so abgesichert werden, dass sie Familien Wahlfreiheit bieten, z.B. VHS-Kurse, Ganztagschule für Kinder.
- der bestehende Anspruch auf einen beitragsfreien Kindertagesstätten-Platz für die unter Dreijährigen umgesetzt wird, unter Beachtung des Interessenausgleichs zwischen den Beteiligten. Förderungen des Bundes müssen dabei ungemindert und zeitnah an die Kommunen weitergereicht werden.
- Trägerschaften in der frühkindlichen Bildung gleichberechtigt behandelt werden, auch bei privaten Initiativen wie gewerblichen und betrieblichen Angeboten.
- der weitere Ausbau von Betriebskindergärten durch den Abbau von bürokratischen Hemmnissen erleichtert wird.
- Kindertagesstätten und frühkindliche Bildungseinrichtungen flexible Öffnungszeiten erhalten, die mit dem Berufsleben vereinbar sind.
- die staatliche Ausbildung für Erzieher keine Ausbildungsgebühr mehr benötigt
- die Ausbildungsplätze für Erzieher erhöht werden
- die Fachhochschulreife als Einstieg abgebaut wird
- eine nachhaltige Fachkräftegewinnung und berufsbegleitende Maßnahmen eingeführt werden
- eine Gehaltsnivellierung für Erzieher über alle Kitas, incl. nicht kommunale Träger umgesetzt wird
- ein Förderprogramm zur Unterstützung der Kommunen für Neubau / Renovierung von Kitas aufgelegt wird

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

- die Poolbildung von Erziehern für die Kitas innerhalb einer Kommune, z.B. Verbandsgemeinde umgesetzt wird

Chancengleichheit für zukunftsorientierte Bildungspolitik

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Unser Bildungssystem nimmt zu vielen Kindern und Jugendlichen faire Aufstiegschancen. Wir wollen vor Ort in unseren Kommunen die Weichen für weltbeste Bildung stellen. Wir setzen auf Eigeninitiative und die Übernahme persönlicher Verantwortung. Für uns fängt der öffentliche Bildungsauftrag bereits in der Kita an. Unsere Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Ihre Talente früh zu entdecken und zu fördern, sichert die Zukunft unserer sozialen Marktwirtschaft. Statt uns mit „sicher, sauber, satt“ zufrieden zu geben, forcieren wir frühkindliche Bildung. zukunftsorientierte Bildung fängt vor Ort bei den Kleinsten an. Frühkindliche Bildung ist unser Herzensanliegen!

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- Entlastung durch gezielten Einsatz von unterstützendem Personal wie Schulsozialarbeitern, Schulkrankenschwestern, Schulpsychologen, Verwaltungs- und IT-Fachkräften.
- Bereitstellen von Reservepersonal für kleinere Schulen oder Zeiten mit Personalmangel
- dass die Kommunen Kooperationen wie das Konzept „Land in Bewegung“ ausbauen sollen, insbesondere zwischen Schulen und Vereinen im Ganztagsbereich
- wir Schulen vor Ort bei der Zertifizierung als Europaschule unterstützen, damit Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, schon während ihrer Schulzeit vom Netzwerk der Europaschulen in ganz Europa zu profitieren und so möglichst viel internationale Erfahrung sammeln können.

FÜR ZUKUNTSORIENTIERTE SCHULEN: MODERN AUSGESTATTET FÜR OPTIMALES LERNEN

Wir setzen auf mehr Eigenverantwortlichkeit von Schulen bei der Wahl von Methoden und Lernmitteln und dem Zugang zu digitalen Netzen. Dabei spielt die Digitalisierung der Schule mit einem Zugang zu neuester Technik für Alle eine entscheidende Rolle. Es darf nicht sein, dass teure Schulbücher gekauft werden, aber der Lehrer mit Fotokopien aus anderen Lernmitteln arbeitet und sich die Kopien auch noch bezahlen lässt.

Die Schulen müssten in ihren Abschlussklassen die Kammern einladen, damit diese die Vorteile einer dualen Ausbildung bis hin zu den Chancen, eigene Betriebe als Handwerksmeister/innen zu eröffnen, darstellen können. Dabei sollte eine Liste ausbildungswilliger Unternehmen an die Schülerinnen und Schüler verteilt werden, damit diese wissen, an welche Firmen sie sich wenden können. Zusätzlich sollten die Unternehmen im Rhein-Pfalz-Kreis mehr Praktikantenplätze anbieten, damit die jungen Menschen die Chance haben, die Arbeit in den Betrieben besser kennen zu lernen. Dabei müssten auch die Ausbildungsbetriebe der

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

benachbarten Städte Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal mit in das Ausbildungsangebot einbezogen werden, um die Vielfalt der Ausbildungsberufe noch besser darstellen zu können.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- Stärkere finanzielle Förderung der Kommunen des Rhein-Pfalz-Kreises bei der Umsetzung der Schulbaurichtlinie in Grundschulen
- Klassenräume der Schülerzahl angemessen groß sein müssen, um pädagogisch sinnvoller unterrichten zu können.
- Differenzierungsräume und Zusatzräume für inklusive Bildung geschaffen werden.
- Barrierefreiheit in den Schulen schnellstmöglich erreicht wird.
- Schulen ausreichend Sport- und Bewegungsflächen sowie ein ausgewogenes Ernährungsprogramm in der Schulverpflegung erhalten.
- Zügiger Ausbau freiwilliger Ganztagsschulangebote sowohl im Grundschul- als auch im weiterführenden Schulbereich
- Mehr Praktikantenplätze im Rhein-Pfalz-Kreis

DIGITALISIERUNG FÜR ZUKUNFTSORIENTIERTES LERNEN

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- angeschaffte Hard- und Software regelmäßig aktualisiert wird und stets einsatzbereit ist. Zur Unterstützung der Schulen wollen wir ihnen hinreichende IT-Fachkräfte als Unterstützung im Vor-Ort-Einsatz zur Seite stellen, um die Problembehebung, Wartung, Instandhaltung und Aktualisierung der Hard- und Software sicherzustellen.
- digitale Tafeln und Endgeräte zur Norm werden sollen, um die Digitalisierung erfolgreich umsetzen zu können
- die Zentrale IT-Verantwortung sicher zu stellen und Schutz vor sowie Absicherung von Cyberangriffen
- eine enge Verzahnung und Kooperation der kommunalen Schulträger mit der Landes- und Bundesebene ermöglicht wird, um hier die finanziellen Herausforderungen in allen Landkreisen angehen zu können.
- die Kindertagesstätten und Grundschulen mit Sprachfördermaterial und qualifizierten Fördermaßnahmen zum Spracherwerb und zur Weckung naturwissenschaftlicher Neugier auszustatten sind.
- beim Übergang von Kindertagesstätten zur Schule durch ein individuelles Vorschulprogramm eine flächendeckende Begleitung möglich ist.
- das Niveau der Realschule+ verbessert wird, um Absolventen bessere Chancen für den Berufseinstieg zu ermöglichen.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Senioren im Landkreis

Die FDP steht für eine generationengerechte Politik im Rhein-Pfalz-Kreis. Wir brauchen Menschen mit Erfahrung, Vitalität und Engagement. Die FDP unterstützt daher das zunehmende Engagement älterer Mitbürger auch im Ehrenamt.

Wir wollen die Lebenserfahrung von Senioren nutzen, da vor allem das Miteinander der Generationen zur Lösung von Zukunftsfragen beiträgt. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt im Rhein-Pfalz-Kreis verbessert und die Anerkennung der dort erbrachten Leistungen mehr in den Fokus kommunaler Politik gerückt werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- die Potenziale und Erfahrungen der älteren Generation besser genutzt werden.
- die kommunale Infrastruktur eine größtmögliche Mobilität erlaubt, z.B. Bürgerbus.
- die ortsnahe Versorgung mit Waren, Dienstleistungen und medizinischen Angeboten bei kommunalen Entscheidungen in besonderer Weise berücksichtigt wird.
- bei der Ortsentwicklung die Interessen der Senioren berücksichtigt werden, z.B. durch Rollator gerechte Straßenquerungen.
- lebenslanges Lernen in Einrichtungen des Rhein-Pfalz-Kreises unterstützt wird, was auch einschließt, besser an digitalen Angeboten teilhaben zu können.
- Seniorinnen und Senioren zur Mitwirkung an Seniorenvertretungen und –beiräten motiviert werden.
- Generationen übergreifende Projekte in den Kommunen des Rhein-Pfalz-Kreises gefördert werden.
- Infoportale für Senioren auf der Homepage der Gemeindeverwaltungen eingerichtet werden.
- in allen Gemeinden Seniorenbeiräte eingerichtet werden.
- Begegnungsstätten für Jung und Alt geschaffen werden, z.B. Mehrgenerationenhäuser (nicht nur in Limburgerhof).
- ausreichend Aufenthalts-, Ruhe- und Sitzgelegenheiten in den Gemeinden vorgehalten werden.
- ehrenamtliche Freizeit- und Bildungsangebote für Senioren angeboten werden.
- eine Ehrenamtsbörse zum Austausch von Angeboten und Nachfrage zur Alltagsbewältigung eingerichtet wird.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Innere Sicherheit

SICHERHEIT STÄRKEN, PRÄSENZ ZEIGEN

Um Straftaten zu verhindern, werden wir Freien Demokraten uns dafür einsetzen, dass die physische Präsenz von Polizei und Ordnungsamt an Kriminalitätsschwerpunkten ausgeweitet wird. Durch sichtbare Fuß- und Fahrradstreifen wollen wir objektiv die Sicherheit verbessern. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir jedoch ab. Wir stehen eng an der Seite der Sicherheitsbehörden und sind dankbar für deren wichtige Arbeit in unserer Gesellschaft.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- die Zahl der Polizistinnen und Polizisten im Kreisgebiet zu erhöhen.
- dass Beamtinnen und Beamte durch verbesserte Ausrüstung gegen Übergriffe besser geschützt werden.
- dass Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, u.a. durch digitale Hilfsmittel.

Darüber hinaus setzt sich die FDP dafür ein,

- die personelle Ausstattung der kommunalen Ordnungsdienste zu verbessern. Nur so können sie die Vollzugspolizei sinnvoll ergänzen.
- die kommunalen Ordnungsdienste verstärkt einzusetzen, insbesondere bei Ruhestörungen, Müllproblematik, Vandalismus, Streitigkeiten, Belästigungen und sonstigen Störungen der öffentlichen Ordnung.
- dass kommunale Ordnungsdienste, ggf. vernetzt werden, und rund um die Uhr ansprechbar sind. Ihre Verfügbarkeit darf sich nicht auf übliche Bürozeiten beschränken. So können auch die kommunalen Ordnungsdienste für die Sicherheit sorgen, die dem Bürger wichtig ist und vor Ort als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.
- die Unterstützung aller in der Jugendarbeit Tätigen zu verbessern, sei es an Schulen, in Vereinen, in der freien Jugendarbeit oder in den Behörden – damit frühzeitig Probleme erkannt und gemeinsam angegangen werden können. Eine Kultur des Hinsehens und wirksame Jugendarbeit hilft mehr als nur der Erlass weiterer Verbote und das öffentlichkeitswirksame Kurieren an Symptomen.
- zielgerichtete Programme, die sich an Frauen wenden, um Selbstverteidigung und Selbstbewusstsein zu stärken. Einrichtungen, die Frauen Schutz bieten, müssen dauerhaft gesichert finanziert werden. Wir wollen mit besseren Strukturen und einer gezielten Förderung besser gegen „häusliche Gewalt“ und Menschenhandel vorgehen.
- beratende Ausschüsse für „Öffentliche Sicherheit“ in den Kommunen einzurichten, damit Polizei und Rettungseinrichtungen, Vereine sowie die örtliche Wirtschaft regelmäßig mit Gemeinde- und Kreisräten wesentliche Fragen der Stärkung des Ehrenamts, der Vernetzung der in der öffentlichen Sicherheit Tätigen voranbringen, neue

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Projekte, wie z.B. zur Warnung der Bevölkerung bei Schadenslagen oder zur besseren Rekrutierung von Rettungskräften, besprechen oder die bestmögliche Verhinderung von Großschadenslagen (z.B. Unwetter, Hochwasser) gemeinsam und verantwortlich angehen können.

- einen kriminalpräventiven Rat auf Kreisebene einzusetzen.

STARKE FEUERWEHREN FÜR UNSERE GEMEINDEN

Die demografischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen haben bereits zu personellen Herausforderungen bei Feuerwehren geführt, insbesondere im ländlichen Raum. Es fällt zunehmend schwer, ausreichend Personal zu halten und die Einsatzzeiten zu garantieren. Die Feuerwehren benötigen dringend Maßnahmen zur Stärkung des Personals, darunter gezielte Werbekampagnen, die Frauen in den Feuerwehren fördern, sowie spezielle Programme zur Modernisierung von Feuerwehrhäusern für die Nutzung durch Frauen und Männer. Die Stärkung der Jugendfeuerwehren wird als entscheidende Quelle für künftige Feuerwehrkräfte betont.

Die FDP setzt sich ein für:

- eine nachhaltige Unterstützung der Feuerwehren. Sowohl die Nachwuchsförderung als auch die Stärkung erfahrener Kräfte brauchen mehr Unterstützung.
- eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Rettungsorganisationen.
- neue Anreizsysteme zur besseren Alterssicherung.
- verlässliche Investitionen in moderne Technik.
- die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Bildungsgutscheine, zum Beispiel durch kostenfreie VHS-Seminare.
- junge Flüchtlinge, die in Deutschland ein Bleiberecht haben, für die Arbeit der Feuerwehren zu gewinnen.

DIE KOMMUNE VORANBRINGEN – EUROPAS CHANCEN NUTZEN

KOMMUNEN FÜR EIN STARKES EUROPA

Wir Freien Demokraten wollen die vielfältigen Möglichkeiten Europas durch eine aktive kommunale Europapolitik nutzen. Durch den Ausschuss der Regionen (AdR) sollen kommunale Anliegen stärker in die politische Agenda der EU eingebracht werden. Den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates und den Rat der Gemeinden und Regionen Europas wollen wir stärken. Zudem sollen die Europabüros des Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes eingebunden werden. Wichtig ist, dass die Kommunen mit einer für ihre konkrete kommunale Situation entwickelte Europa-Strategie die Verbindung zwischen den Zielen der EU und der eigenen Arbeit klarstellen. Die Kommunen müssen sich davon befreien, für eigene Projekte nach Geldtöpfen zu suchen. Vielmehr ist es umgekehrt

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

erfolgreicher, die Ziele der Förderprogramme zu verstehen und gezielt sinnhafte eigene Projekte für die Fördertöpfe zu entwickeln.

Konkret fordert die FDP:

- Wir wollen die Kommunen durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen bei der Ausformulierung einer auf ihre konkrete Situation bezogenen ausdifferenzierten Europa-Strategie unterstützen
- Eine Servicestelle Europa für Kommunen als zentralen Ansprechpartner zu schaffen und mit Ressourcen auszustatten für Beratungsprozesse durch Experten.
- Einen Europabeauftragten auf der Ebene des Landkreises etablieren, der als Ansprechpartner für die Gemeinden fungiert.
- Das Thema Europa soll in der Ausschussarbeit der kommunalen Gremien verankert werden.
- Die Kommunen sollen helfen, die Vorteile eines geeinten Europas den Bürgern näher zu bringen, um die Grundeinstellungen zu Europa zu verbessern und Standort Europa zu stärken.
- Die Wahrung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung bei allen Rechtsakten der EU, insbesondere in den Bereichen Daseinsvorsorge (Strom, Gas, Wasser, ÖPNV) auch im Hinblick auf die interkommunale Zusammenarbeit.
- Schulen vor Ort sollen bei der Zertifizierung als Europaschule unterstützt werden

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Wir Freie Demokraten wollen uns für die Reduzierung der bürokratischen Hürden für grenzüberschreitende (Geschäfts-) Tätigkeiten einsetzen. Dabei liegt unser Fokus auf einer Digitalisierung und einer Vereinheitlichung der bisherigen Prozesse auf europäischer Ebene. Wir wollen uns für ein Europa der Chancen und Innovationen einsetzen, in dem wir Unternehmergeist bereits frühphasig fördern, Marktzugänge vereinfachen und europäische Netzwerke und Innovations-Cluster schaffen. Den Fachkräftemangel wollen wir dadurch bewältigen helfen, dass in Handwerk, Handel, Gastronomie und Industrie verstärkt grenzüberschreitende Ausbildungsmöglichkeiten entwickelt werden

Die kommunale Wirtschaft stärken

Die Wirtschaft im Rhein-Pfalz-Kreis hat in der Pandemie und aufgrund der Energiekrise nach Beginn des Ukrainekriegs schwierige Zeiten erlebt. Dies wurde durch ungünstige Bedingungen wie hohe Steuern, Energiepreise, Fachkräftemangel und bürokratischen Aufwand erschwert. Die Wirtschaft besteht für uns ausdrücklich aus allen Akteuren, vom Freiberufler, Handwerker, Dienstleister, Landwirt, Hotel- und Gaststättenbetreiber, kleinen und mittleren Unternehmen bis hin zum Industriebetrieb. Sie sind gemeinsam das Fundament der sozialen

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Marktwirtschaft, auf das unser Wohlstand gebaut ist. Die Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, sind innovativ, unterstützen lokale Vereine und bieten Chancen für die Bürgerinnen und Bürger

Wir Freie Demokraten setzen uns energisch für ausreichend Raum für Gewerbe, Forschung und Entwicklung ein, insbesondere im Kontext einer ökologischen Wirtschaft, um Marktführerschaft zu erhalten und Spitzentechnologien zu entwickeln. Hierfür sind geeignete Gewerbeflächen unerlässlich. Dabei nehmen wir ökologische Belange und die Interessen der Landwirte und Eigentümer ernst, insbesondere den Schutz hochwertiger Ackerflächen. Eine sorgfältige Abwägung der Interessen ist wichtig, doch genauso wichtig sind zügige Entscheidungen und Verfahren, um verantwortungsvolles Wachstum zu ermöglichen. Es ist nicht nur essenziell, Flächen für Start-ups zu schaffen, sondern auch Raum für ihre Weiterentwicklung bereitzustellen. Dies schafft eine klare Win-win-Situation, da Unternehmen vor Ort wachsen und mehr Einwohnerinnen und Einwohner vor Ort Beschäftigungsmöglichkeiten finden können. Ein attraktiver Standort benötigt angemessene Flächen, gute Anbindung an Infrastrukturen, Verkehrs- und digitale Infrastrukturen sowie ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte vor Ort.

Viele bürokratische Prozesse werden den Unternehmen und Selbstständigen über Regulierungen von Bund und Land auferlegt. In der Kommune gilt es, Prozesse z. B. hinsichtlich von Bauanfragen oder Bauanträgen zu entschlacken und zu digitalisieren.

Vernetzung und Wissenstransfer sind wichtige Bausteine für die wirtschaftliche Struktur. Die Vernetzung sich ergänzender Betriebe schafft Synergien. Kommunen werden aufgefordert, Clusterförderung bewusster im Rahmen der Wirtschaftsförderung voranzutreiben. Gerade regionale Cluster können einen Standort krisenfest machen, denn eine Firma lässt sich leichter verlegen als ein ganzes Netzwerk. Da hier das Netzwerk einen überproportionalen Mehrwert bietet, wird eine Regionalisierung und Stärkung des Standortes erreicht.

Der Kreis ist bei der Weiterentwicklung als Wirtschaftsstandort auf die Verbandsgemeinden angewiesen, die neue Wohn- und Gewerbegebiete in ihren Flächennutzungsplänen ausweisen müssen. Leider genehmigt der Raumordnungsverband Rhein-Neckar sehr oft keine neuen Wohn- und Gewerbegebiete, so dass die Weiterentwicklung behindert wird. Der Kreis müsste seine Wirtschaftsförderungsgesellschaft aktivieren, um start-up Unternehmen zu helfen, im Kreis eine Existenz aufbauen zu können. Die FDP wird im neuen Kreistag Anträge stellen, die Wirtschaftsfördergesellschaft aktiv in die Gewinnung neuer Unternehmen einzubinden, in dem zentral beim Kreis ein Register eingerichtet wird, das aufzeigt, welche Gemeinde im Kreis noch Flächen in ihren Gewerbegebieten zu Verfügung stellen kann.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- dass Kommunen Gewerbeflächen entsprechend ihren Bedürfnissen ausweisen können, und plädieren für Flexibilität bei der Flächennutzung, um auf aktuelle Flächenbedarfe effektiv reagieren zu können.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

- dass Neugründungen einfacher durchlaufen werden können, z. B. durch die sofortige und zentrale Vergabe von Steuernummern und USt.-Identnummern
- dass Unternehmensgründungen von der Idee bis zur finalen Umsetzung in Zukunft vollständig digital durchgeführt werden können
- dass die Kreisverwaltung eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmensgründer einrichtet, die berät und kreisweit weiterhilft („One-Stop-Shop“)
- dass die Kommunen in der Region Rhein-Neckar-Pfalz in Fragen der Wirtschaftsförderung stärker kooperieren.
- Ausreichende Forschungsmöglichkeiten, Beseitigung des Fachkräftemangels und Energieproblemen durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, digitaler Infrastruktur und schnellere Verwaltungsreaktionen
- dass freiwillige Kooperationsmaßnahmen der Kommunen bei der Errichtung und Zusammenführung von kommunalen Einrichtungen unterstützt werden.
- den Tourismus im Rhein-Pfalz-Kreis nachhaltig zu fördern
- die Steuern und Abgaben so gering als möglich erhoben werden, um Unternehmensansiedelungen zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten
- die Herstellung eines zukunftsorientierten Glasfasernetzes, um den Unternehmen die beste Grundlage zu bieten an der digitalen Transformation teilnehmen zu können (Gigabitstrategie).

Politik, die rechnen kann

SOLIDE FINANZPOLITIK IM KREIS UND IN DEN GEMEINDEN STÄRKEN.

Wir Freie Demokraten stehen auch im Rhein-Pfalz-Kreis für eine Politik, die rechnen kann: Erst denken, dann ausgeben! Nur dann, wenn wir auch auf Ebene der Städte und Gemeinden sparsam sind, schaffen wir es, die derzeitigen Schuldenberge abzubauen. Das schulden wir auch unseren Kindern und Enkelkindern. Wir denken in Generationen, nicht in Amtsperioden.

Dazu gehören Schuldenabbau, ausgeglichene Haushalte und nachhaltige Investitionen. Wir fordern eine Begrenzung der kommunalen Neuverschuldung und setzen uns für die Schuldentragfähigkeit in den Kommunen ein. Bund und Land müssen zusätzliche Gelder bereitstellen, wenn sie Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne diese durch neue lokale Steuern zu belasten. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien sind Steuererhöhungen für uns nicht das erste, sondern das letzte Mittel, um die Handlungsfähigkeit unserer Kommune zu sichern.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Im Einzelnen fordern die Freien Demokraten:

- Handlungsfähigkeit und Funktionalität der Verwaltung durch effiziente und effektive Prozesse, da sie das Vertrauen in staatliche Institutionen prägen
- Freie Mittel für Kunst, Kultur, Sport und Wirtschaftsförderung
- Entscheidungen sollen auf sachlichen und wirtschaftlichen Gründen basieren, nicht nur auf kurzfristigen Finanzerwägungen.
- Kosten müssen über den gesamten Lebenszyklus eines Projektes berücksichtigt werden.
- Die digitale Transformation hin zur Automatisierung der Kreisverwaltungsprozesse muss rasch umgesetzt werden, damit die Verwaltungsmitarbeiter effizienter eingesetzt und Verwaltungskosten eingespart werden können. Dabei geht es im Einzelnen nicht nur um die Vereinfachung der inneren Abläufe bei der Kreisverwaltung, sondern auch um eine effizientere Kommunikation mit dem Bürger (Onlinezugangsgesetz).
- Verstärkte interkommunale Zusammenarbeit und Kooperation mit privaten Partnern, um Synergien zu schaffen und die Effizienz der öffentlichen Leistungen zu steigern
- Bildung von Zweckverbänden für gemeinsame Aufgaben wie Feuerwehr, Bauhöfe, Schulen und Kindergärten sowie die Bündelung von Verwaltungsaufgaben, unterstützt durch den Kreis
- Effiziente Verwaltung durch Partnerschaften mit privaten Unternehmen. Wir achten darauf, dass diese Partnerschaften dem öffentlichen Zweck dienen und kommunale Kernkompetenzen im Fokus bleiben.
- Eine nachhaltige Investitionspolitik in öffentliche Gebäude, um verantwortungsvolle Nutzung von Ressourcen zu fördern. Wir streben wir, die Förderung für Neubauten zu reduzieren und stattdessen Erhaltungsmaßnahmen mit 50 % zu unterstützen.
- Eine aufkommensneutrale Grundsteuerreform und wir lehnen eine pauschale Steuererhöhung ab. Steigende Realsteuern dürfen nicht für Kompensationen herangezogen werden, damit Kommunen langfristig gesichert und ausgebaut werden können.

Verantwortung für die Zukunft: Liberale Klima-, Energie- und Umweltpolitik

Kommunaler Natur- und Umweltschutz muss widersprüchliche Nutzungsansprüche an unsere Umwelt ausgleichen und vorausschauend umweltverträglich planen. Eine intakte Natur ist ein wertvoller „Standortfaktor“, den wir bewahren wollen. Die vorsorgende Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor der Reparatur solcher Schäden.

Ein umweltgerechtes Verhalten aufgrund eigener Einsicht und eigenem Verantwortungsbe-
wusstsein bringt langfristig häufig mehr als eine reine Verbotspolitik. Die Raum- und

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Verkehrsplanung sollte an wege- und energiesparender Mobilität ausgerichtet werden. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen ein breites Informations- und Beratungsangebot über Möglichkeiten der privaten und betrieblichen Energiekostensenkung, müssen jedoch nicht am Gängelband starrer Vorschriften gehalten werden.

Freie Demokraten sehen den Menschen als Teil der Natur, nicht als Gegner der Umwelt. Bei den Herausforderungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen setzen wir Freie Demokraten auf den menschlichen Erfindungsgeist und den Wettbewerb um die besten Ideen, Techniken und Wege, um einen ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt zu ermöglichen. Die Lösung globaler Umweltprobleme, wie zum Beispiel der Klimaschutz, ist dort in Angriff zu nehmen, wo mit den vorhandenen Mitteln das meiste erreicht werden kann.

Für die Nutzung regenerativer Energiequellen ist die Akzeptanz vor Ort entscheidend. Wir wollen mit Augenmaß und im Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern den Ausbau von Windenergie, Biogas usw. vorantreiben. Wir wollen einen wettbewerbsfähigen Energiepreis für alle Marktteilnehmer ermöglichen, um damit Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz zu gewährleisten.

Die FDP setzt sich ein für,

- wirtschaftlich vertretbare und zuverlässige Versorgung mit regenerativer Energie und einen zügigen Ausbau von Hochspannungsnetzen und Speicherkapazitäten ein.
- ehrenamtliche Initiativen zur Erhaltung von Natur und Umwelt zu unterstützen. Die Umweltorganisationen im Rhein-Pfalz-Kreis sollen einmal im Jahr zu einer Veranstaltung eingeladen und gehört werden. Dabei sollen neben der Würdigung des ehrenamtlichen Engagements auch die Wünsche und Anregungen der Umweltorganisationen erörtert werden.
- Die Niederschläge im Winter und bei Starkregen sollen gezielt zum Versickern gebracht werden. Neue Pflanzen, deren Anbau für wärmeres Klima geeignet ist, sollen gefördert werden.
- dass die landwirtschaftlichen Kulturen bedarfsgerecht gedüngt werden können und Kosten für die Allgemeinheit aufgrund unsachgemäßer Düngung verhindert werden.
- Landschafts- und Naturschutzgebiete für die Artenvielfalt von Flora und Fauna zu sichern.
- die vorhandenen Überflutungs- bzw. Retentionsräume zu erhalten und zu pflegen
- eine ökologisch anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle Abfallwirtschaftspolitik, bei der Vermeidung und Verwertung Vorrang vor der Beseitigung haben
- als Beitrag zur Lebensqualität für Bewohner und Besucher des Rhein-Pfalz-Kreises eine geordnete Naherholung zu gewährleisten.
- im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) Stellen im „grünen Bereich“ einzurichten.
- die geplante Schwerlaststrecke der Deutschen Bundesbahn nach Umwelt- und Naturschutzaspekten zu selektieren. Deshalb lehnen wir aus bautechnischen und

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

finanziellen Gründen eine linksrheinische Führung der Strecke durch die Gemeinden im südlichen Rhein-Pfalz-Kreis gegenüber den rechtsrheinischen Varianten ab.

- Die Kommunale Wärmeplanung ist eine Pionieraufgabe. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Zusammenarbeit aller Akteure ein. Alle Optionen müssen technologieoffen gesammelt und bewertet werden, um früh Planungssicherheit zu erreichen. Kommunale Wärmeplanung darf sich nicht alleine auf den Ausbau eines Fernwärmenetzes beschränken. Wir möchten alle lokalen Ressourcen optimal nutzen, auch durch Nahwärmenetze. Der Kreis soll bei der Wärmeplanung eine koordinierende Rolle einnehmen.
- schneller Ausbau von Photovoltaikanlagen auf allen öffentlichen Gebäuden, bei denen es physikalisch sinnvoll und unter Berücksichtigung des repräsentativen Charakters möglich ist
- dass Stadtplanung auch Grünplanung beinhaltet, und setzen uns für ausgewogene Konzepte von Flächenversiegelung und Grünplanung ein. Private Grünflächen sollen in diese Planungen einbezogen und Regelungen zur Förderung von privaten Grünflächen überdacht und angepasst werden. Eine Kombination von Photovoltaikanlagen mit Dachbegrünung sowie Solarthermieanlagen zur Heizungsunterstützung sollten zum Zweck der erhöhten Energieausbeute bevorzugt werden

KULTUR IN KOMMUNEN STÄRKEN

Den Kommunen muss es möglich sein, kulturelle Projekte und Institutionen in den Katalog der kommunalen Pflichtaufgaben aufzunehmen.

Eine große Gefahr für die Kultur als im Moment freiwillige Aufgabe geht von dem neuen Finanzausgleichsgesetz und den Planungen zur Entschuldung der Kommunen im Land RLP aus. Die Maßgabe eines ausgeglichenen Haushalts für die Teilnahme am neuen Entschuldungsprogramm hat unter den gegebenen Voraussetzungen ein hohes Bedrohungspotenzial für die Kultur. Kulturförderung darf nicht kommunalen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen. Kultur soll als Staatsziel im Grundgesetz verankert werden, um die Kulturarbeit vor Ort zu stärken.

Wir wollen einen Kulturplan in jeder Kommune. Wenn die Ziele bekannt sind, kommt man schneller zu einer guten kulturellen Entwicklung.

Kultur ist eine wichtige Quelle nationaler und regionaler Identität. Sie schärft das Erscheinungsbild der Region und trägt unter dem Stichwort der „Kulturwirtschaft“ zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung bei. Hierbei ist es wichtig, die während der Coronakrise schwer getroffene Kulturszene wiederzubeleben und zu unterstützen.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Auch wenn die Kultur für die Kommunen momentan hauptsächlich eine freiwillige Leistung darstellt, so wird sie trotzdem immer bedeutsamer und von den Unternehmen im Rhein-Pfalz-Kreis als bedeutender Standortfaktor bei der Gewinnung und Ansiedlung qualifizierter MitarbeiterInnen bewertet. Auch die Kommunen profitieren davon, wenn der Rhein-Pfalz-Kreis als attraktiver Wohnstandort angesehen wird.

Kultur wird ein wichtiges Merkmal der Innenstadtbelebung. Kulturelle Veranstaltungen in den Gemeinden sind Anziehungspunkt für Menschen und stärken den Einzelhandel.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass

- die vor Corona hervorragende Kulturarbeit im Rhein-Pfalz-Kreis wieder auf das vor Corona hohe Niveau gebracht und weiter ausgebaut wird.
- ein Kulturentwicklungsplan erstellt wird.
- Zusammenschlüsse von kulturellen Einrichtungen, Privatpersonen, Unternehmen und Verbänden fördern, die gemeinsam Projekte durchführen, um Kultur für jeden erlebbar zu machen
- der Rhein-Pfalz-Kreis seine Kooperationen mit den benachbarten Städten und Gemeinden und mit der Metropolregion weiter ausbaut.
- das Unterstützungsprogramm für die freie Szene „Zukunft durch Kultur“ passgenauer und unbürokratischer gemacht werden soll
- dem Clubsterben entgegenwirken, indem wir bürokratische Hürden senken, Clubkultur in die Raumplanung integrieren und eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Clubs schaffen, die auch eine Nutzung öffentlicher Räume wie Parks für Veranstaltungen einfacher ermöglicht.
- die Unterstützung der Musikerziehung und Musikausübung durch private Träger und die Kreismusikschule gut koordiniert wird und damit auch mehr Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.
- Der Kreis soll sicherstellen, dass wir die Kreisvolkshochschule und Kreismusikschule ausreichend Räumlichkeiten für Unterricht und Veranstaltungen in den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.
- den Kommunen es möglich sein muss, herausragende kulturelle Projekte oder Institutionen in den Katalog kommunaler Pflichtaufgaben zu übernehmen und sie bedarfsgerecht in ihrem Bestand zu sichern.
- die Förderung des Lesens eine besondere Beachtung erfährt, wobei die Zusammenarbeit der Schulen und Bibliotheken weiter verstärkt werden soll.
- die Zusammenarbeit der Kreisvolkshochschule mit den umliegenden Volkshochschulen weiter ausgebaut wird, um Synergien zu realisieren und Kosten zu sparen. Kulturförderung zielgerichtet, transparent und am jeweiligen Bedarf der Bürger und Kommunen orientiert erfolgt. Wichtig sind dabei digitale wie auch traditionelle Kulturangebote.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

- Bibliotheken, Archive und Akademien zu unterstützen sind. Ihre Nutzerfreundlichkeit muss erhalten und gefördert werden.
- Denkmalschutz und zeitgenössische Architektur zu fördern sind, historisch wertvolles Erbe ist zu bewahren und zugänglich zu machen.

VIELFÄLTIGE MOBILITÄT STÄRKEN

STRASSENNETZ UND ÖPNV ZUSAMMENBRINGEN

Wir Freie Demokraten wissen, dass die Menschen mobil sein müssen und wollen. Unsere Verkehrspolitik hat alle Verkehrsteilnehmer im Blick.

Gut ausgebaute Verkehrswege und ein gut funktionierender ÖPNV machen den Rhein-Pfalz-Kreis zu einem attraktiven Lebens- und Arbeitsraum und sind damit wichtige Grundlage für individuelle Mobilität, wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand. Als Pendlerkreis ist der Rhein-Pfalz-Kreis Wohnort vieler Menschen, die ihren Arbeitsplatz in den Nachbarstädten, z.B. Ludwigshafen, Mannheim, Walldorf oder Speyer haben. Deshalb tritt die FDP dafür ein, die Anschlussstraßen zu den regionalen Verkehrswegen und die Parkplatzangebote für Pendlergruppen oder an Bahnhöfen zu erhalten oder auszubauen. Darüber hinaus wollen wir die Chancen der Digitalisierung für eine Flexibilisierung von Haltestellen und Bedienzeiten durch bedarfsgesteuerte Angebote wie beispielsweise Rufbusse oder Anrufsammeltaxen nutzen. Ebenso können Formen des Ride-Sharing ein Beitrag sein, die Mobilität zwischen S-Bahnhöfen und den Nachbargemeinden zu verbessern. Die vorgesehenen Maßnahmen sollen auch in Hinblick auf die geplanten Bauarbeiten mit der Hochstraße in Ludwigshafen eine Entzerrung der befürchteten Verkehrssituation vorsehen.

Im ländlich geprägten Rhein-Pfalz-Kreis müssen Bürgerinnen und Bürger oft andere Orte aufsuchen, um den täglichen Bedarf zu decken. Dies führt zu zusätzlichem Verkehr und Zeitverlust. Insbesondere Senioren und Kinder sind von dieser Situation betroffen, da sie häufig von einem Teil des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind oder Risiken auf sich nehmen müssen, um alltägliche Güter zu besorgen. Hemmnisse für Gewerbeansiedlungen in Dörfern, sei es aus wirtschaftlichen oder bürokratischen Gründen, müssen beseitigt werden.

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ein, der gut vernetzt ist mit Rad- und PKW-Verkehr, auch durch kostenlose oder kostengünstige Park+Ride-Anlagen und Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen. Wir wollen das ÖPNV-Angebot verbessern und attraktiv gestalten.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- das bestehende Kreisstraßennetz auszubauen und zu pflegen. Folgende Baumaßnahmen haben aus unserer Sicht Vorrang:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

- Bau der Ortsumgehungen
 - L502 Römerberg
 - L523 Bobenheim-Roxheim
 - L 532 Böhl-Ingelheim
- Bau der Ostumgehung in Assenheim
- die Südtangente in Dudenhofen.
- ein Kataster und eine Konzeption für Lärmschutzmaßnahmen zu erstellen.
- Fußwege zu sichern und auszubauen, insbesondere mit Blick auf Wege zu den Kindergärten und Schulen.
- die Buslinien im Kreis intensiver zu vertakten und entsprechend an den Schienenverkehr anzubinden.
- Flexiblere Angebote wie Rufbusse und On-Demand-Shuttles sollen eine echte Alternative zum Individualverkehr und bisherigen starren ÖPNV bieten
- die Qualität des ÖPNV im Hinblick auf Pünktlichkeit, Nutzerinformation, Sicherheit und Sauberkeit zu steigern.
- kostenlose oder kostengünstige Park+Ride-Anlagen und Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen
- den Bau des Straßenbahnnetzes von Ludwigshafen über Neuhofen nach Waldsee, nach Mutterstadt und Dannstadt-Schauernheim zu realisieren.
- eine ganzheitliche Betrachtung von Innenstadtentwicklung und Verkehr. Zudem ist die Bedeutung lebendiger Ortszentren zu betonen.
- die Raum- und Verkehrsplanung an wege- und energiesparender Mobilität ausgerichtet werden sollte
- dass Orts- und Stadtkernen vom Durchgangsverkehr entlastet werden und betonen die Notwendigkeit leistungsfähiger Umgehungsstraßen.
- Die Richtgeschwindigkeit innerorts von Tempo 50 hat sich bewährt, das wollen wir beibehalten. Um gefährliche Situationen für schwächere Verkehrsteilnehmer zu reduzieren, wollen wir verantwortungsvoll mit der Möglichkeit zur Ausweisung von Tempo-30-Zonen umgehen. Dabei liegen uns die Sicherheit und die Stauvermeidung gleichermaßen am Herzen und wir werden die Erreichbarkeit wichtiger Einrichtungen und Geschäfte dabei gewährleisten.
- Der Kreis soll gemeinsam mit privaten Akteuren und durch Bereitstellung von geeigneten Flächen die Umstellung auf technologieoffene CO2-neutrale Antriebsoptionen unterstützen, beispielsweise durch den Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge und Wasserstofftankstellen.

RADWEGENETZ WEITER AUSBAUEN

Ob als umweltfreundliche Verkehrsmittel für Kurzstrecken oder als Expeditionsfahrzeuge zur Erkundung der touristischen Schönheiten unseres Kreises – Fahrräder erfüllen ganz unterschiedliche Rollen in unserem Verkehrsmix. Das Fahrrad eröffnet durch die rasant steigende

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Zahl von E-Bikes und Pedelecs als alltägliches Verkehrsmittel neue Perspektiven. Radwege sind ein essentieller Bestandteil eines ganzheitlichen Verkehrssystems und müssen daher Widerhall in kommunalen Planungen finden.

Die FDP setzt sich ein:

- den Ausbau von Fuß- und Fahrradwegen und wir begrüßen den Fortbestand der Förderung für Kommunen. Radschnellwege zwischen Ortschaften können schnell und kostengünstig als Direktverbindung gebaut werden, um Land und Stadt besser zu verbinden.
- Insbesondere bei Neubau und Sanierung von Straßen sowie bei erhöhter Gefährdungslage für Radfahrer wollen wir den Ausbau von Radwegen vorantreiben.
- Getrennte Wege für Autos, Fahrräder und Fußgänger sollen überall umgesetzt werden, wo möglich.
- die Nutzung umweltfreundlicher Beleuchtungsanlagen ausweiten, um eine energieeffiziente Steigerung des Komforts von Radwegen zu gewährleisten.
- die Bereitstellung gesicherter Abstellmöglichkeiten und deren Anbindung an den ÖPNV.
- Radschnellwege, die sicheres, weil kreuzungsarmes, Vorankommen ermöglichen.
- dass gerade mit der steigenden Zahl schneller Fahrräder und Scooter die Sicherheit von Fußgängern im Blick bleibt. Bürgersteige und Fußgängerzonen müssen sicherer und barrierefrei sein.
- die Arbeit von Jugendverkehrsschulen als Übungsfelder der Verkehrsteilnehmer von morgen.

LIBERALE AGRARPOLITIK: INNOVATIV, PRAXISNAH UND WIRTSCHAFTLICH

Die FDP setzt sich für eine liberale Agrarpolitik ein. Landwirtschaft, Obstbau, Gemüsebau, Forstwirtschaft. Landwirtschaft ist bei uns vielfältig und muss sich lohnen. Nur rentable Betriebe haben Handlungsspielräume für Zukunftsinvestitionen. Landwirtschaftliche Betriebe sind heute hoch technisiert und digital. Die Betriebsleiter, vor allem die Generation Landjugend, sind echte Spezialisten.

Roboter, Drohnen und andere smarte Techniken sind heute Betriebsalltag und helfen bei der Anpassung an die wirtschaftlich engen Spielräume und die klimatischen Veränderungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landwirte vor Ort Beinfreiheit haben. Vermehrt auftretenden Konflikten mit Spaziergängern und Erholungssuchenden auf dem Weg zur Feldarbeit wollen wir durch aktive Aufklärung begegnen. Denn Landwirte fahren dort nicht zum Spaß, sondern sie bewirtschaften unseren Erholungsraum und produzieren dabei nicht nur unsere

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

regionalen Lebensmittel, sondern auch Energie, und sie pflegen die Naturlandschaft. Wir setzen uns ein dafür, dass sie das auch in Zukunft erfolgreich tun können, egal ob bio oder konventionell.

Für uns gilt: Lebt der Hof, lebt das Land! Deshalb machen wir uns im Rhein-Pfalz-Kreis stark dafür, dass bei der Verpachtung öffentlicher und kommunaler Flächen Landwirte den Vorrang haben und ihnen dabei keine ideologischen Auflagen gemacht werden, die über die vielen Anforderungen und Regeln hinausgehen, an die sie sich ohnehin halten müssen.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- bei Planungen und Maßnahmen die landwirtschaftlichen Strukturen und Bedürfnisse im Kreis, insbesondere Bewässerungssysteme, auch im Norden des Landkreises voranzutreiben (Anschluss an die Großraumberegnung)
- Um lange Transportwege zu vermeiden und Bürgerinnen und Bürger mit Landwirtschaft zusammenzubringen, unterstützen wir die Regionalmarken des Rhein-Pfalz-Kreises.
- verbesserte Rahmenbedingungen für Forschung und Anwendung zu schaffen, um die Digitalisierung der Landwirtschaft voranzubringen.
- dass die Ernte nicht eingebracht und wieder untergepflügt werden muss. Das ist in Zeiten der allgemeinen Preissteigerungen nicht zu verantworten. Daher wollen wir vor Ort die Bürokratie für die Betriebe bei den Prozessen zur An- und Abmeldung von Arbeitskräften vereinfachen und digitalisieren.
- Windkraftanlagen auf dem Land nur dort einzurichten, wo Energie tatsächlich benötigt wird bzw. gespeichert werden kann. Dabei sind die Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) zu beachten.
- Durch die Digitalisierung in der Landwirtschaft sollen Verwaltungskosten und Arbeitsaufwand schnell und sicher gesenkt werden. Dafür schaffen wir in der Kreisverwaltung die notwendigen Voraussetzungen.
- In Bezug auf Düngung sollten die Orte für (Nitrat-)Messstationen auf landwirtschaftliche Relevanz überprüft und ausgedehnt werden. Dadurch erhält man ein genaueres Bild von der tatsächlichen Belastung der Böden. Wir wollen, dass die landwirtschaftlichen Kulturen bedarfsgerecht gedüngt werden können und Kosten für die Allgemeinheit aufgrund unsachgemäßer Düngung verhindert werden.

ABFALLWIRTSCHAFT: GEMEINSAM DIE RESSOURCEN VON MORGEN SCHONEN

Die Freien Demokraten treten für eine ökologisch anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle Abfallwirtschaftspolitik ein. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes müssen Vermeidung

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

und Verwertung den Vorrang vor der Beseitigung haben. Der erreichte technische Standard soll weiter ausgebaut werden, weitere Verbesserungen und Kostensenkungspotentiale müssen ausgeschöpft werden.

Wir unterstützen die privatwirtschaftlich organisierte Abfallwirtschaft im Rhein-Pfalz-Kreis. Und wir begrüßen deshalb das Public-Private-Partnership-Modell (PPP), das der Umsetzung dieses Zieles dient.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einer umwelt- und wirtschaftsfreundlichen Kreislaufwirtschaft, um weltweite Ressourcen zu schonen. Recycling und Müllminimierung stehen bei uns im Mittelpunkt, um langfristig unabhängiger von kritischen Lieferketten zu sein und wirtschaftlich widerstandsfähiger zu werden.

Die FDP setzt sich ein,

- für eine ökologisch anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle Abfallwirtschaftspolitik ein, bei der Vermeidung und Verwertung Vorrang vor der Beseitigung haben.
- den technischen Standard weiter ausbauen und für weitere Verbesserungen und Kosteneinsparungen nutzen. Auch die lokale Wiederverwertung von Baumaterialien ist für uns ein wichtiger Aspekt, um den CO₂-Ausstoß durch die Produktion neuer Baumaterialien zu reduzieren.
- die Abfallgebühren so zu gestalten, dass die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes eingehalten werden. Bei der Festsetzung der Abfallgebühren sollen Möglichkeiten der Kostenreduktion und der Wert anfallender Abfälle immer mit geprüft werden.
- Die in den Vorjahren erwirtschafteten Überschüsse von 4,8 Mio. € sind spätestens bis 2026 durch niedrige Müllgebühren u erstatten.
- Überschüsse müssen zurückvergütet werden
- das Abfallmanagement durch kompetente und zeitnahe Information und Beratung der Bevölkerung weiterzuentwickeln
- Geruchsbelästigungen durch einvernehmliche Regelungen mit den Entsorgungsbetrieben wirksam zu bekämpfen.
- die besonders betroffenen Bürger von Mutterstadt im Kampf gegen die Geruchsbelästigung zu unterstützen.
- der von der GML erzeugte Dampf muss umgehend vergütet werden, zur Entlastung der Gebührenzahlung

HOCHWASSERSCHUTZ FÜR MORGEN: NACHHALTIGKEIT UND

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

VORSORGE IM FOKUS

Wir Freie Demokraten wollen, dass die erfolgreichen Hochwasserschutzprogramme landesweit fortgesetzt werden. Hochwasserschutz beginnt bei der Verlangsamung des Oberflächenabflusses durch Entsiegelung, Wiederaufforstungen von Brachflächen und schließt auch technische Hochwasserabwehrmaßnahmen ein, die örtlich begrenzt erforderlich werden können. Das Prinzip, die vorhandenen Überflutungs- bzw. Retentionsräume zu erhalten und zu pflegen, muss auch in Zukunft verfolgt werden; zu prüfen sind erforderliche Erweiterungen und die Vermeidung von Flächenversiegelung in den angrenzenden Gebieten.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- jeweils objektiv zwischen den verschiedenen Möglichkeiten der natürlichen und gesteuerten Hochwasserrückhaltung abzuwägen.
- bei den Planungen von Hochwasserrückhaltemaßnahmen die jeweilige Hochwasser-, Druck- und Grundwassersituation großräumig gutachterlich zu erfassen und entsprechend zu berücksichtigen.
- besonders geeignete Hochwasserrückhalteräume vorrangig zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das Retentionsvolumen und die Kosten.
- bei der Ausweisung von Hochwasserrückhalteräumen entsprechend geeignete Flächen in staatlichem Eigentum stets gegenüber privaten Flächen vorrangig zu berücksichtigen.
- bei den weiteren Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung von Hochwasser, Druck- und Grundwasser besonders zu berücksichtigen, dass bereits jetzt im Rhein-Pfalz-Kreis außerordentlich viele Retentionsflächen zur Verfügung gestellt werden.
- dass das Land den Bürgerinnen und Bürgern, die wegen Maßnahmen zum Rhein-Hochwasserschutz Sach- und Vermögensschäden erlitten haben, diese Schäden zeitnah ersetzt.
- den Polder in Altrip nicht zu bauen.
- bei den Oberläufen geeignete Rückhaltemaßnahmen vorzunehmen, da die Grund- und Druckwassersituation sehr stark durch die Vorfluter des Rheins beeinflusst wird.
- den Beregnungsverband Vorderpfalz bei den Planungen und Maßnahmen mit einzu beziehen.
- die Zuständigkeiten bei den Vorflutern neu zu überdenken, um ein erfolgreiches Grund- und Druckwassermanagement zu ermöglichen. Dieses soll sich zukünftig nicht mehr an Verwaltungsgrenzen, sondern an Flussgebietseinheiten orientieren.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

SPORT VEREINT, BEWEGT UND INTEGRIERT

Sport fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration, besonders auch von Zugewanderten, da sich im Sport Menschen jedes Alters sowie aller sozialen und kulturellen Hintergründe integrieren und Regeln und Fairness erlernen können. Ziel ist die Verbesserung der Bedingungen und Angebote im Sport. Kommunen sollten digitale Plattformen schaffen, um vielfältige regionale Sportangebote zu präsentieren, darunter öffentliche Anlagen, Wanderwege, Sportvereine und kommerzielle Anbieter. Besonderes Augenmerk liegt auf speziellen Angeboten für verschiedene Zielgruppen. Öffentlich betriebene Sportstätten sollten besser zugänglich gemacht werden, auch durch Nutzungskonzepte und Pflegeplanung. Darüber hinaus wollen wir sanierungsbedürftige Sportstätten fit für die Zukunft machen und somit einen angemessenen Vereins- und Schulsport ermöglichen.

Angesichts einer Vielzahl von Badeunfällen und der Zuwanderung in der Region kommt dem Schwimmen besondere Bedeutung zu und ist deshalb besonders zu fördern.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- dass die Aktivitäten der Vereine weiterhin mit einem Zuschuss von 10% durch den Rhein-Pfalz-Kreis finanziell gefördert werden, insbesondere mit Blick auf ihre Angebote für die Jugend.
- die bereits praktizierte Zusammenarbeit von Kindergärten und Schulen mit den Sportvereinen weiter auszubauen.
- dass jeder Grundschüler Schwimmen lernt, am besten bereits in der 2. Schulklasse. In den Zeugnissen der 3. und 4. Klasse ist die Detailleistung „Schwimmen“ zu dokumentieren. Die FDP fordert als Ziel, dass am Ende der Grundschulzeit es nur noch sichere Schwimmer (Bronze – Abzeichen) gibt. Für diese Kurse stellt der Rhein-Pfalz-Kreis seine Kreishallenbäder kostenlos zur Verfügung.
- die Konzeption der Hallen- und Freibäder im Rhein-Pfalz-Kreis zu überarbeiten, um ein bedarfsgerechtes Angebot langfristig zu sichern.
- dass Schwimmbäder bessere Öffnungszeiten erhalten und Schließungen vorgebeugt wird. Wir setzen uns für eine Schwimmquote von 100 % der Kinder ein. Ehrenamtliche Organisationen wie die freiwillige Feuerwehr und die DLRG sollten kostenlosen Zugang zu kommunalen Schwimmbädern erhalten, um ihre wichtige Arbeit zu unterstützen.
- den E-Sport im Rhein-Pfalz-Kreis durch Angebote für Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen, schnelleres Internet und wissenschaftliche Evaluation fördern und begleiten. E-Sport kann es darüber hinaus möglich machen, Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenzubringen und so als echtes Inklusionsprojekt zu wirken.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Migration steuern, Integration ermöglichen

Die überwältigende Mehrheit der Einwanderinnen und Einwanderer in unserer Gesellschaft lebt integriert und selbstverständlich in unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist Deutschland auch weiterhin auf gesteuerte Einwanderung angewiesen. Wir brauchen Einwanderer und darum brauchen wir auch eine Willkommenskultur und die Ablehnung von Diskriminierung und Rassismus. Für uns ist es selbstverständlich, dass alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten genießen.

Die wichtigsten Schlüssel für gelungene Integration sind Sprache, Bildung und Arbeit. Daher unterstützt die FDP alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen. Die Sport- und Kulturvereine, in denen Integration im Alltag gelebt wird, leisten wertvolle Arbeit. Einwanderer sind in den Parlamenten und den Parteien deutlich unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern. Wir laden insbesondere Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ein, mit uns an der Fortentwicklung unseres Gemeinwesens mitzuwirken, z. B. als sachkundige Bürger in Ratsausschüssen. Wir sind mit steigenden Flüchtlingszahlen konfrontiert. Die FDP geht mit dem Thema ehrlich und verantwortungsbewusst um. Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verpflichtung, Menschen vor Krieg und Verfolgung zu schützen. Wir sprechen aber auch offen an, dass es zu Überforderung von Kommunen und örtlichen Nachbarschaften kommt. Bund und Land dürfen die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen.

Die steigende Zahl von Flüchtlingen stellt viele Kommunen vor Herausforderungen. Der Wille zu helfen ist groß, doch die Aufgaben können überwältigend sein. Die Unterbringung in Sporthallen und die Wohnraumknappheit sind sehr problematisch. Ehrenamtliche Helfer arbeiten am Limit. Wir fordern dauerhafte Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung sowie verlässliche Unterstützung von Bund und Land bei der Integration in den Kommunen.

Bildungseinrichtungen sind überlastet, insbesondere in Bezug auf Sprachlehrkräfte. Langfristige Unterbringung in Großeinrichtungen wird als kontraproduktiv für die Integration betrachtet. Zu betonen sind die langfristigen Auswirkungen dieser Herausforderungen auf die Gesellschaft.

Die FDP setzt sich ein für:

- für schnelle Asylverfahren an den Verwaltungsgerichten, um zügig Rechtssicherheit darüber zu haben, wer in unserem Land bleiben kann, und wer zurückgeführt werden muss.
- die Umstellung auf Bezahlkarten statt Geldleistungen an Asylbewerberinnen und Asylbewerber, erleichterte Rückführungen bei Ablehnung und effektive Bekämpfung des Schleuserwesens.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

- niedrigschwellige Integrationsangebote in Familienzentren, welche sich speziell an Frauen richten.
- ein Integrationsmanagement, welches sich an den speziellen Bedürfnissen vor Ort orientiert und das Ehrenamt in seiner Arbeit begleitet.
- Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten und gemeinnützigen Organisationen zum Erlernen der deutschen Sprache mindestens auf dem Niveau B1. Daneben sollte auch auf digitale Lernmöglichkeiten hingewiesen werden.
- niedrigschwellige Bildungsangebote für Neubürger zur Erleichterung des Eintritts in den Arbeitsmarkt. Eine zentrale Forderung der Freien Demokraten in diesem Zusammenhang ist ein Zuwanderungsgesetz.
- die Schaffung von dezentralen Anschlussunterbringungen / Wohnangeboten, da Integration am besten in kleinen Einheiten gelingt.
- die Unterstützung der Vereine vor Ort bei der Integration der Neubürger durch Fortbildungsmaßnahmen und einen hauptamtlichen Ansprechpartner.
- einen fairen finanziellen Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen, welcher sich im Ergebnis in einer Entlastung der Kommunen und dauerhaften Finanzierung der Integrationsleistung manifestiert.
- Verteilung der Asylbewerber nach beruflicher Qualifikation und Bedarf in den Gemeinden
- Schnellere Abschiebung bei Ablehnung des Asylantrags, damit Platz für integrationswillige Asylantragsteller geschaffen werden kann
- Angebote für Asylbewerber zur Unterstützung der Kommunen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Die Rolle der Kommunen im Rhein-Pfalz-Kreis stärken

KREISVERWALTUNG MODERNISIEREN

Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen haben einen Anspruch auf eine moderne, effiziente und kundenorientierte Kommunalverwaltung. Die behördliche Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern muss sich ihrer Aufgabe als Dienstleister am Bürger bewusst sein und einen hohen Grad an Servicebereitschaft erreichen. Der Rhein-Pfalz-Kreis und seine Gemeinden tragen Verantwortung dafür. Auch in der nächsten Legislaturperiode wollen wir weiter daran mitarbeiten, dass Verwaltungsaufgaben und öffentliche Dienstleistungen kostengünstig und bürgerfreundlich erbracht werden können.

Um das zu erreichen, setzt sich die FDP für die Einrichtung eines schlagkräftigen Servicecenters in der Kreisverwaltung ein, in dem Entscheidungen und Genehmigungen schnell und unbürokratisch bearbeitet werden und ein Fallbearbeiter die notwendigen Schritte mit den Fachstellen koordiniert. Um entsprechend schlagkräftige Strukturen zu schaffen, können

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

externe Berater einbezogen werden, Mitarbeiter der Kreisverwaltung müssen gemäß ihrer Befähigung und ihres Ermessensspielraums ausgewählt, entsprechend geschult und angemessen besoldet werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass:

- die Kreisverwaltung mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Sinne einer stärkeren Bürgerorientierung organisiert wird. (Stichwort: "Kreisverwaltung-online bzw. eGovernment").
- ein IKT - Plan für die nächsten 5 Jahre erstellt wird, damit die Verwaltung im Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt die digitalen Medien nutzen kann.
- eine elektronische Auftragsvergabe, Rechnungsprüfung und Zahlssystem eingeführt wird.
- ein One-Stop-Portal für Unternehmensgründer mit allen Informationen der Verwaltung und über E-Services eingeführt wird.
- mobile Anwendungen (Apps) für E-Services eingerichtet werden.
- die Erhöhung der Effizienz und Effektivität der Verwaltungsprozesse durch ein Prozessoptimierungsprojekt gefördert wird
- die elektronische Kommunikationsinfrastruktur innerhalb der Verwaltung (Automatisierung) und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern (OZG) eingerichtet wird.
- eine eigene Cloud-Plattform eingerichtet wird, mit der Verwaltungsdienstleistungen effizient und kostengünstig bereitgestellt werden.
- in den Kreisbädern, Bibliotheken und Schulen ein kostenloses W-LAN (lokales Funknetz) eingerichtet wird, dass die Besucher dann nutzen können.
- die Öffnungszeiten der Kreisverwaltung noch flexibler und bürgerfreundlicher gestaltet und die Bürgerinnen und Bürger, z.B. durch die Installation eines "Amt-omat, der Amtsgeschäfte an einem Terminal 24/7 zur Verfügung stellt.
- für Bürgerinnen und Bürger, die sich moderner Technologien nicht bedienen möchten oder können, nach wie vor der persönliche Kontakt mit der Kreisverwaltung als Dienstleister gewährleistet ist.
- den Mitarbeitern mehr Wertschätzung ihrer Arbeit entgegengebracht wird.
- Baugenehmigungen der Kreisverwaltung für Kommunen schneller erteilt werden können

LEERSTAND UND LEERSTANDSKATASTER EINRICHTEN

Leerstände von Immobilien (Läden, Praxen, Büros, Betriebe) schaden der örtlichen Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und sind ein negativer Indikator für die kommunale Entwicklung. Um unvermeidbare Leerstände in Kommunen (Büros, Läden, gewerbliche Betriebe) zeitlich zu reduzieren und damit die Leerstandszeiten zu verkürzen, ist eine Datenbasis für Leerstandsobjekte erforderlich.

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

Die FDP setzt sich ein für:

- ein schnelles Baurecht für Neuansiedlungen und Betriebsneugründungen zur Aufhebung von Leerständen.
- eine Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung, Eigentümern und der Immobilienwirtschaft.
- ein Leerstandskataster zur Bündelung aller notwendigen Informationen über leerstehende Immobilien (grundstücks- und gebäudebezogene Daten).
- ein von der Kreisverwaltung erstelltes Gebäudekataster, das jährlich fortzuschreiben ist und die Liegenschaften mit baulichem und technischem Zustand der Gebäude inklusive ihrem Sanierungsbedarf und dem Zeitpunkt der Sanierung fortschreibt.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT FÖRDERN

Der Rhein-Pfalz-Kreis muss Motor in der Förderung von Kooperationsmodellen auf lokaler Ebene werden. Eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit wird ermöglichen, dass die Kreisverwaltung und die Gemeinden ihre Einrichtungen besser auslasten und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger effizienter anbieten können, der Brand-, Katastrophenschutz, Ordnungsdienste sowie das Rettungswesen verstärkt miteinander kooperieren, und, dass fachspezifische Personalressourcen zwischen den Gemeinden und dem Kreis besser koordiniert und genutzt werden können.

Dazu sollten externe Berater hinzugezogen werden. Die Bündelung von Aufgaben sollte nicht auf Kompetenzen beschränkt bleiben, sondern auch die vorhandenen Fähigkeiten der Kommunen erfassen. Das kann bedeuten, dass Maschinen und Bedienpersonal interkommunal eingesetzt werden. Es muss vermieden werden, dass Ausstattungen doppelt angeschafft und dann nicht ausgelastet werden, weil die unterschiedlichen Verwaltungen keine Kenntnis über die maschinellen und personellen Ressourcen der anderen haben.

Die FDP setzt sich ein für:

- eine Zusammenarbeit bei den Feuerwehren über die Verbandsgemeinde-Grenzen hinaus muss von Seiten der Genehmigungsbehörden gefordert werden, damit nicht gleichwertige Fahrzeuge, die viele hunderttausend Euro kosten, in unmittelbarer Nachbarschaft mangels Einsatzzeiten vor sich hin altern.
- die Nutzung von öffentlich-privaten Partnerschaften zur Realisierung kommunaler Leistungsangebote dort, wo Gemeinden an die Grenzen ihrer Kernkompetenzen stoßen. Damit ergeben sich auch Möglichkeiten, aufstrebende junge Unternehmen zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- die Koordination von Ordnungskräften zwischen Nachbargemeinden